

Verhandlungen mit den USA abgeprochen werden, weil diese ihr
Geheimnis nur preisgeben, wenn ihnen die Kontrolle zugestän-
den wird. Der Redner beantragt, Hr. Direktor Ziefel, den Dele-
gierten für die Verhandlungen protokoll
der 24. Sitzung des Bundesrates vom 10. April 1956

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Dr. Feldmann

Abwesend: Hr. Streuli (dienstlich),

Hr. Chaudet (Urlaub),

Schriftführer: Hr. Weber

Protokolle: Die Protokolle der 17., 18., 19. und
20. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr 20

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Friedliche Verwendung der Atomenergie. Verhandlungen mit
den USA

Hr. Petitpierre teilt mit, dass man in der Endphase der
Verhandlungen stehe und heute Instruktionen an den schwei-
zerischen Gesandten in Washington weitergeben sollte. Dem
Vertragsentwurf ist ein Anhang beigegeben, der die Frage
der Kontrolle der Verwendung des gelieferten Materials und
der Geheimhaltung der erteilten Informationen betrifft.
Bei dieser Kontrolle ist die Mitwirkung amerikanischer
Beamter vorgesehen. Die Angelegenheit wurde bisher auf der
Ebene Rechtsdienst des EPD, Bundesanwaltschaft, Delegierte
für Atomfragen, Handelsabteilung behandelt. Dabei sei man
zur Auffassung gelangt, dass im Hinblick auf die Vorteile
des Hauptvertrages diese Kontrolle in Kauf genommen werden
könne. Die Frage einer allfälligen Veröffentlichung der
Kontrollklausel sei negativ entschieden worden.

Als Vorbild für den schweizerischen Vertrag hat ein
Vertrag mit Belgien gedient. Die Belgier haben die Kontroll-
klausel veröffentlicht.

Nun wurde der Herr Bundespräsident über diese Ver-
handlungen durch einen Beamten der Bundesanwaltschaft orien-
tiert und es scheine, dass er diese Kontrolle ablehne. Es
wird deshalb nötig, dass der Bundesrat heute grundsätzlich
entscheidet, ob er diese Kontrollklausel akzeptieren kann
oder nicht. Wird die Klausel abgelehnt, dann müssten die

Verhandlungen mit den USA abgebrochen werden, weil diese ihr Geheimnis nur preisgeben, wenn ihnen die Kontrolle zugestanden wird. Der Redner beantragt, Hrn. Direktor Zipfel, den Delegierten für Atomfragen kommen zu lassen und sich durch ihn noch eingehender orientieren zu lassen.

Der Hr. Bundespräsident erklärt, er habe gestern gegen Mittag Kenntnis erhalten, dass man ihn dringend zu orientieren wünsche. An einer Besprechung mit der Bundesanwaltschaft habe er dann erfahren, dass beabsichtigt sei, diese Kontrolle mit Mitwirkung amerikanischer Organe vorzusehen. Er sei aber der Ansicht, dass wir als souveräner Staat die Erfüllung des Vertrages mit eigenen Mitteln zu garantieren haben. Wir dürfen nicht fremde Staatsorgane auf unserem Staatsgebiet Kontrollfunktionen ausüben lassen. Man erinnere sich nur an die peinliche Angelegenheit mit der SSS. Das wirtschaftliche Interesse gewisser Industrien in der Schweiz kann nicht so weit gehen, dass wir ihm zuliebe schweizerische Hoheitsrechte aufgeben. Hr. Dr. Dick habe auf Befragen erklärt, die Bundesanwaltschaft hätte ihre Vorbehalte angebracht und betont, dass sie sich über die Frage der Opportunität nicht zu äussern habe.

Es wird darauf beschlossen, auf 10 Uhr Hrn. Direktor Zipfel kommen zu lassen.

Um 10 Uhr erscheint der Delegierte für Atomfragen und orientiert den Rat wie folgt:

Die Schweiz sei auf dem Gebiete der Atomenergie im Rückstand. Wir sollten uns angereichertes Uran beschaffen können. Das einzige Land, das uns damit z.Zt. beliefern könnte, sind die USA. Das Gesetz gibt der amerikanischen Regierung das Recht, Firmen geheime Informationen und Material für friedliche Zwecke abzugeben, wenn sie sich den vorgesehenen Kontrollen unterziehen. Die Schweiz müsste die Garantie übernehmen, dass dieses Material nicht ins Ausland geht und dass die Informationen geheim gehalten werden. Die Unternehmungen müssen auf ihre Vertrauenswürdigkeit untersucht werden. Das Personal, das mit dem Material und den Informationen zu tun hätte, muss bekanntgegeben und durchleuchtet werden. Für die Verwahrung der Geheimdokumente und den Verkehr mit andern Unternehmungen sind strenge Vorschriften aufgestellt. Die Amerikaner behalten sich auch das Recht der Kontrolle vor. Insbesondere wollen sie kontrollieren, was mit dem spaltbaren Material geschieht. Ueber die Verwendung ist eine genaue Buchhaltung vorgeschrieben. Mit Grossbritannien, Belgien und Canada sind bereits solche Verträge abgeschlossen worden. Vor acht Tagen seien drei Beamte der Sicherheitsabteilung da gewesen. Diese hätten erklärt, es sei undenkbar, dass der Vertrag abgeschlossen werde ohne die Kontrollklausel. Die Ausführung sei so gedacht, dass kompetente Persönlichkeiten in die Schweiz geschickt würden zu einem Gedankenaustausch. Bei dieser Gelegenheit würde die Kontrolle durchgeführt. Man hat diesen drei Amerikanern gezeigt, wie die Geheimdokumente aufbewahrt würden. Auch fand eine Diskussion statt mit sechs Unter-

nehmungen. Die Amerikaner zeigten sich befriedigt. Auch mit den Vertretern der privaten Wirtschaft wurde das ganze Problem besprochen, und der Vertrag wurde als ausserordentlich dringlich behandelt. Der Vertrag sollte mit den Amerikanern noch vor dem 15. Mai abgeschlossen werden, damit die Angelegenheit noch dem Kongress vorgelegt werden kann. Wenn das nicht geschieht, dann tritt eine Verzögerung bis im nächsten Frühjahr ein, da wegen der Wahlen erst dann wieder ein Kongress stattfindet.

Durch diese Verzögerung würde unsere Industrie zurückfallen. Es handelt sich für sie nicht um den Bau von Reaktoren. Es handelt sich um Zusatzmaschinen wie z.B. Messinstrumente, wo wir führend sind. Wir würden die Möglichkeit verlieren, diese Maschinen an die Bedürfnisse der Atomenergie anzupassen.

Hr. Etter wünscht die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was geschieht, wenn wir die Beschlussfassung auf nächsten Freitag verschieben, da heute der Bundesrat nicht vollständig ist ?
2. Könnte nicht ein Gegenvorschlag für eine Kontrolle durch Organe des Bundes gemacht werden, und könnte man nicht so erreichen, dass die Amerikaner auf eine eigene Kontrolle verzichten.
3. Wäre eine Belieferung unseres Landes mit spaltbarem Material unmöglich, wenn der Vertrag mit den USA nicht zustandekommt.

Eine letzte Frage hätte der Bundesrat intern zu beraten, nämlich die Rechtsfrage, ob der Bundesrat zuständig wäre, von sich aus den Vertrag endgültig abzuschliessen.

Hr. Petitpierre interessiert sich, ob das Abkommen auch für die USA gewisse Vorteile bringe, die man bei den Verhandlungen in die Waagschale legen könnte.

Hr. Holenstein schliesst sich der Fragestellung von Hrn. Etter an.

Hr. Lepori wünscht Aufschluss, worin die Kontrolle besteht.

Der Hr. Bundespräsident erinnert an das vor zweieinhalb Jahren zurückgewiesene Begehren der Amerikaner, amerikanische Staatsbürger, die Beamte internationaler Organisationen in der Schweiz sind, bei uns auf ihre politische Zuverlässigkeit zu durchleuchten.

Er stellt folgende Fragen:

1. Ist nicht in den Verhandlungen davon die Rede gewesen, dass das Material nicht an den USA feindliche Länder abgegeben werden darf. Findet sich ein solcher Passus im Vertrag oder im Anhang?

2. Wie ist es zu erklären, dass die USA derart insistieren auf die Durchführung der Kontrolle durch amerikanische Funktionäre? Bedeutet das nicht für die Schweiz den Vorwurf, die schweizerische Kontrolle biete zu wenig Gewähr?
3. Wo findet sich auch nur eine Andeutung eines Gegenrechtes? Kommen wir nicht in die Gefahr, auf dem Gebiete der Atomenergie ganz in die Abhängigkeit der Amerikaner zu geraten?

Herr Direktor Zipfel gibt folgende Auskünfte:

Der Gegenvorschlag einer Kontrolle durch Organe des Bundes scheitert an der amerikanischen Gesetzgebung. Nachdem andere Länder bereits diese Bedingungen angenommen haben, wird es nicht leicht sein, einen Gegenvorschlag durchzubringen.

Wenn der Vertrag mit den USA scheitern sollte, dann könnten wir natürliches Uran in Belgien und Canada beziehen. Wir wären aber ausgeschlossen vom Bezuge von angereichertem Uran und von der Forschung auf diesem Gebiet. Wir müssten für natürliches Uran sehr grosse teure Reaktoren bauen. Von der Richtung der Kleinreaktoren, für die man das angereicherte Uran braucht, wären wir ausgeschlossen. Die OECE versucht, eine Isotopenanstalt zu errichten. Es wird mindestens 5 Jahre dauern bis diese Anstalt errichtet ist. Bis dahin wären wir also ausgeschlossen.

Der Vertrag bietet den USA keine besondern Vorteile. ~~Wir haben den USA nichts zu bieten.~~ Wir besitzen keine Erkenntnisse, die wir den Amerikanern anbieten könnten. An der Konferenz der Vertreter der privaten Wirtschaft sei im Zusammenhang mit der Frage der Patente erklärt worden, es bestehe keine Gefahr, dass wir in der Zeit, für die wir gebunden sind, eine Erfindung machen, die ~~wir~~ die Amerikaner interessieren könnte.

Was die Durchführung der Kontrolle betrifft, so werden die Amerikaner nicht nur die Bücher einsehen wollen. Sie wollen sich überzeugen, was mit dem gelieferten Material geschehen ist, vor allem, ob nichts über die Grenze verschoben wurde.

Ob im Vertrag oder im Anhang der Ausdruck "feindliche Länder" vorkommt, kann der Delegierte nicht sagen.

Wenn die Amerikaner auf der eigenen Kontrolle insistieren, so dürften dafür in Hauptsache politische Gründe massgebend sein, besonders die Befürchtung, dass kleine Länder als Verzweiflungsakt die Atomenergie für kriegerische Zwecke verwenden könnten. Uebrigens würde auch die OECE die gleiche Kontrolle wie die Amerikaner verlangen, sodass wir auch auf diesem Umweg nichts besseres erreichen könnten.

Bei der Kontrolle ist vorgesehen, dass ein Amerikaner die Kontrolle nicht allein durchführen kann, sondern, dass ein schweizerischer Beamter dabei sein muss. Die Kontrolle darf ferner nur von solchen Leuten ausgeübt werden, die das Agreement der Schweiz besitzen.

Was die Frage der Verschiebung der Beschlussfassung auf Freitag betrifft, sei festzustellen, dass die Einleitung und der Artikel 6 des Vertrages noch bereinigt werden müssen. Die amerikanischen Unterhändler werden ihren Bericht in Washington am 15. April abgeben. Wichtig ist, dass wir so rasch wie möglich unserer Gesandtschaft Instruktionen erteilen. Auf eine Frage des Hrn. Bundespräsidenten erklären der Delegierte und Hr. Petitpierre, dass der Vertrag am 15. Mai unter Ratifikationsvorbehalt abgeschlossen würde und dass die eidgenössischen Räte ihn in der Junisession genehmigen könnten. Selbstverständlich sei beabsichtigt, den Vertragsentwurf nicht unterzeichnen zu lassen, bevor nicht der Bundesrat Gelegenheit gehabt hat, dazu Stellung zu nehmen.

Schliesslich wird beschlossen:

1. Die Schweizerische Gesandtschaft in Washington wird informiert, dass die Verhandlungen weitergehen, dass aber der Bundesrat Vorbehalte wegen der Kontrollklausel im Anhang mache.
2. Das EPD wird beauftragt, den Mitgliedern des Bundesrates folgende Unterlagen zuzustellen :
 - a. Vertragsentwurf, so weit er bereinigt ist.
 - b. Text des Anhangs mit Kontrollbestimmungen.
3. Das EVD wird feststellen, welche Kontrollen der Ausfuhr und Durchfuhr nach den Oststaaten mit den Amerikanern vereinbart wurden.

* * *

Abd. 2. Der Satz "Die Befürchtungen.....unbestimmt" wird gestrichen. Der Beginn des Satzes lautet: "Die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit in anderen Ländern und der eigene Nachholbedarf führen zu dem grossen Interesse, dass....."

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Verzeichnis der Motionen und Postulate

Hr. Lepori bestätigt, dass das Postulat 7123 Grendelmeier zu Recht dem Justiz- und Polizeidepartement zugeteilt wird, da es eine Verfassungsfrage betrifft. Bei dieser Gelegenheit wird übereinstimmend festgestellt, dass der Segen von parlamentarischen Vorstössen den Bundesrat zwingt, sich bei deren Entgegennahme ganz kurz zu halten.

Volksabstimmung über Preiskontrolle

Die Bundeskanzlei wird eingeladen, zu berichten, wie sie gegenüber der Nichtbefolgung ihrer Weisungen durch die Stimm-bureaux des Kantons Thurgau reagiert hat. Der Entscheid wird bis dahin ausgestellt.

Geschäftsbericht der Bundeskanzlei

Die Behandlung wird nochmals verschoben, um Hrn. Holenstein Gelegenheit zu geben, die Liste der Postulate und Motionen des EVD zu überprüfen. In grundsätzlicher Beziehung wird beschlossen, der Anregung des Vorstehers des FZD für dieses Mal wegen Zeitnot keine Folge zu geben, aber die Bundeskanzlei zu beauftragen, die Frage für den Geschäftsbericht 1956 zu prüfen und dem Bundesrat rechtzeitig Antrag zu stellen.

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde der Gemeinde Bonaduz betr. Wasserrechtskonzession

Das Geschäft wird auf die nächste Sitzung, an der auch der Vorsteher des FZD anwesend ist, verschoben, im Hinblick auf die Rolle, die die Hovag in dieser Angelegenheit spielt.

Finanz- und Zolldepartement

Staatsrechnung

Hr. Holenstein wünscht, auf Seite 3 im Abschnitt 2, der von der Landwirtschaft handelt, noch gewisse Aenderungen mehr redaktioneller Art anzubringen. Das EVD wird sich deswegen direkt mit dem FZD ins Einvernehmen setzen. Auf Seite 24 werden folgende Aenderungen beschlossen:

Abs. 2 Der Satz "Die Befürchtungen.....unbegründet." wird gestrichen. Der Beginn des folgenden Satzes soll lauten: "Die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern und der eigene Nachholbedarf führten zu derart grossen Interventionen, dass....."

Abs. 3, dritte Zeile, nach "förderte" einschalten: "in vielen Ländern". Der folgende Satz soll lauten: "Unser Land konnte jedoch die Umstellung auf die Friedenswirtschaft ohne nennenswerte Erschütterungen vollziehen und brauchte, im Gegensatz zu andern europäischen Ländern, seine Währung nicht den veränderten Verhältnissen anzupassen." Die folgenden beiden Sätze werden gestrichen.

Post- und Eisenbahndepartement

VVI zum Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetz

Das Geschäft geht nochmals an das PED zurück zur Prüfung, ob lit. g, die den Präsidenten der Zivilgerichte der Kantone, Bezirke und Kreise das Recht einräumt, das Telegraphen- und Telephonheimnis aufzuheben, nicht zu weit geht, und ob nicht eine Instanz bezeichnet werden sollte, bei der diese Präsidenten ihr begründetes Begehren anzubringen hätten.

U m f r a g e

Hr. P e t i t p i e r r e

Einladung Pakistan, 12. April

Hr. Petitpierre geht.

Einladung Japan, 29. April

Da diese Einladung auf einen Sonntag fällt, wird das Protokoll des EPD beauftragt, festzustellen, ob nicht ein grundsätzlicher Beschluss des Bundesrates über die Nichtteilnahme an Veranstaltungen an einem Sonntag besteht.

Hr. H o l e n s t e i n

Begehren um Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktenpreise

Der Vorsteher des EVD orientiert den Rat über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen. Morgen um 15 Uhr soll die Kommission für

das Landwirtschaftsgesetz ein zweites Mal zusammen-
treten. Bisher hat sich ergeben, dass im Sektor Milch
die Fragen sehr umstritten sind, während sich die Mei-
nung durchzusetzen scheint, dass ein Aufschlag für
grosses Schlachtvieh nicht angezeigt wäre.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 23. Sitzung des
Bundesrates vom 6. April 1956 wird unverändert genehmigt.

* * *

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Berne, le 11 avril 1956.

o.324.221.- CE/bi.

Note au Conseil fédéral

sur la conclusion d'un accord de coopération
avec les Etats-Unis d'Amérique pour l'utilisa-
tion de l'énergie atomique à des fins pacifiques

Au cours des dernières années, et particulièrement en 1955, on a pu constater une évolution rapide des questions relatives à l'utilisation de l'énergie atomique à des fins civiles, que ce soit sur le plan scientifique et technique de l'utilisation de cette énergie, ou que ce soit sur le plan des relations internationales.

C'est surtout depuis la Conférence internationale sur l'utilisation de l'énergie atomique à des fins pacifiques, qui s'est tenue en août 1955 à Genève, que cette évolution a vu son rythme s'accélérer en même temps que les découvertes relatives à l'énergie atomique étaient en grande partie divulguées et qu'ainsi l'importance de ces questions apparaissait de plus en plus aux gouvernements et à l'opinion publique. Au cours de la dernière guerre et des années qui l'ont immédiatement suivie, les grandes puissances ont pris une importante avance sur les autres pays grâce au secret qui enveloppait tout ce qui avait trait à l'énergie nucléaire. Il est clair que la Suisse doit rattraper ce retard; pour un pays comme le nôtre, démuné de ressources naturelles, ce problème revêt une importance accrue. Il faut avant tout que la Suisse prenne des mesures pour assurer son approvisionnement en matières fissiles qui sont source d'énergie nucléaire, qu'elle apprenne les techniques nécessaires à l'utilisation de cette énergie (construction de réacteurs d'énergie, de centrale d'énergie pour la production d'électricité, etc.) et à la fabrication de l'équipement industriel, technique et scientifique.

Dans ce domaine, nous sommes, pour le moment et dans une large mesure, tributaires de l'étranger, à l'exception peut-être du domaine scientifique car nous bénéficions dans notre pays des connaissances de savants éminents.

Une conclusion s'imposait donc: Il importait de prendre immédiatement des mesures en vue d'établir auprès des Gouvernements les plus aptes à nous aider les contacts indispensables. C'est ce que nous avons fait.

En date du 3 mai 1955, le Conseil fédéral autorisa le Département politique à négocier avec les autorités américaines l'acquisition du réacteur de recherches qui fut exposé à Genève lors de la Conférence internationale sur l'utilisation de l'énergie atomique à des fins pacifiques.

A la suite de ces négociations, qui furent menées à Washington, un accord portant sur l'achat de ce réacteur, au prix de 180.000 dollars fut signé le 18 juillet 1955. En vertu de cet arrangement, les Etats-Unis fournissent à la Suisse l'uranium nécessaire à l'alimentation du réacteur.

Le réacteur de recherches sera utilisé à partir de la fin de l'année 1956, à Würenlingen où il sera mis à la disposition de nos savants et de nos étudiants. Par la suite, deux arrangements complémentaires furent signés lors de la Conférence de Genève entre l'Amiral Strauss, d'une part, et le Professeur Scherrer, d'autre part, dans lequel sont réglées les conditions auxquelles l'uranium nécessaire au fonctionnement du réacteur est loué à la Suisse et les conditions de transfert du réacteur à l'issue de ladite Conférence.

Cet accord - de portée restreinte puisqu'il ne s'applique qu'à l'acquisition du réacteur de recherches et à son utilisation - ne suffisait pas. En effet, pour pouvoir bénéficier de l'aide des Etats-Unis, notamment pour la construction de réacteurs d'énergie et pour obtenir les matières fissiles nécessaires, un accord de portée plus générale était indispensable.

Les Etats-Unis ont conclu dans ce domaine deux types d'accords:

Le premier type comprend l'échange d'informations confidentielles, dites classées, et prévoit des arrangements complémentaires confidentiels en vue de l'établissement de garanties de sécurité. Ces accords sont fondés sur l'article 144 a de l'"U.S. Atomic Energy Act" de 1954.

Jusqu'à présent, les Etats-Unis ont conclu un accord de ce genre avec la Belgique, le Canada et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et sont en négociations avec les Pays-Bas et l'Australie.

Les accords du deuxième type, dits de portée générale, sont fondés sur l'article 123 de l'"U.S. Atomic Energy Act". Ils ne comprennent aucun protocole ou arrangement complémentaire de nature confidentielle et ne comportent pas d'avantages très substantiels. Ils sont beaucoup moins intéressants que ceux du premier type.

En date du 14 octobre 1955, le Conseil fédéral décida d'entamer des négociations avec le Gouvernement américain en vue d'élaborer si possible un projet d'accord du premier type.

Ces négociations, auxquelles prirent part, à titre d'experts, le Professeur Scherrer et M. W. Boveri, aboutirent à l'élaboration des textes ci-joints qui peuvent être résumés comme suit:

Accord proprement dit:

La coopération entre les deux Gouvernements s'opère d'une part par l'échange d'informations confidentielles ou non, et d'autre part par l'échange et la cession de matières nucléaires, tant à des fins de recherches qu'à des fins industrielles.

Est prévu, l'échange d'informations de nature générale ou technique permettant la construction des réacteurs que la Suisse se propose d'édifier sur son sol: - informations relatives aux matières pour réacteurs (eau lourde, uranium, etc.) et aux propriétés physiques et chimiques de ces matières - informations relatives à la conception, la construction et le fonctionnement de réacteurs - informations ayant trait aux procédés de protection contre les radiations, de décontamination et d'élimination des résidus radioactifs (cf. article II A).

Ces échanges sont toutefois l'objet d'un certain nombre d'exceptions et de réserves. C'est ainsi que sont exclus de l'accord les échanges d'informations confidentielles relatives à la conception ou à la fabrication d'armes atomiques et les informations ayant, de l'avis de la Commission américaine pour l'énergie atomique (AEC) une importance avant tout militaire (cf. article II B 1).

De même, les informations se rapportant à des réacteurs utilisables à des fins militaires, tels que réacteurs de petit volume pour avions ou bateaux, ne seront échangées que si elles sont également susceptibles d'une application pacifique (article II B 2).

Par ailleurs, les USA se réservent le droit de ne communiquer des informations confidentielles permettant la construction de réacteurs qu'après avoir autorisé l'industrie privée américaine à exploiter des réacteurs du même type (article II B 2 b).

Enfin, les parties se réservent le droit de soustraire à l'échange les informations qu'elles auraient reçues de particuliers, d'industries privées ou encore de Gouvernements étrangers à l'accord et dont elles n'auraient pas le droit de disposer en faveur de tiers (article II B 1).

L'échange des informations s'effectuera par le moyen de rapports, conférences, visites d'installations et cours de perfectionnement (article II A 3). Cet échange pourra s'accompagner en outre de la cession d'appareils et d'équipement - à la condition que ces derniers ne revêtent pas, de l'avis de l'AEC, une importance avant tout militaire.

L'accord prévoit l'échange et la cession, à des conditions encore à définir, de matières nucléaires à des fins de recherches, lorsque ces matières se rapportent à des informations dont la communication est convenue (article III).

L'échange et la cession de matières en quantités excédant les besoins de la recherche sont également prévus, mais l'article de l'accord traitant cette question (article VI) n'a pas encore fait l'objet d'une rédaction définitive.

Ici encore, l'échange de matières dont l'importance serait, de l'avis de l'AEC, avant tout militaire, est exclu de l'accord (article VII).

L'accord reconnaît aux particuliers et aux sociétés privées de Suisse et des Etats-Unis le droit de traiter directement entre elles en passant des contrats prévoyant la cession d'informations, de matières ou de matériel, ainsi que la prestation de services - à l'exception toujours des informations et des biens d'importance militaire. Toutefois, l'approbation des Gouvernements est requise si les contrats prévoient la cession d'informations confidentielles ou de matières dont la remise comporte communication d'informations confidentielles (article V).

En matière de brevets, les Etats-Unis se réservent la jouissance, sur sol américain, de tous les droits découlant d'inventions ou de découvertes réalisées en Suisse grâce à la communication d'informations américaines, ceci pendant la durée de l'accord et les trois années suivant son expiration (article VIII). Les industriels consultés n'élèvent pas d'objections à l'encontre des dispositions de cet article. Comme il ne nous paraît toutefois pas suffisamment explicite, nous avons demandé des éclaircissements à notre Ministre à Washington.

L'accord prévoit encore, à son article IX, l'interdiction de communiquer ou de céder à des Etats tiers des informations confidentielles ou des matières dont la remise pourrait révéler des informations confidentielles reçues de l'autre partie sans consentement de cette dernière. La Suisse s'engage enfin, ainsi que le prévoit la loi américaine sur l'énergie atomique de 1954, à ne pas affecter à des fins militaires les informations sur les biens reçus du Gouvernement américain (article X).

L'accord est prévu pour une durée de dix ans et sera renouvelable par accord mutuel (article I). Nous allons toutefois proposer aux Américains qu'il puisse être dénoncé après une période de 5 ans.

Accord de sécurité:

L'accord de sécurité, qui est complété par trois annexes A, B et C, traite des mesures qu'il incombe aux deux Etats contractants de prendre afin de sauvegarder le secret des informations confidentielles qu'ils obtiennent dans le domaine nucléaire.

L'accord de sécurité prévoit des mesures applicables aux personnes et aux installations. Ainsi, seules les personnes autorisées par une décision expresse des autorités gouvernementales compétentes pourraient avoir accès à des informations "classées". Les autorités devraient prendre toutes les mesures propres à prévenir l'espionnage ou le sabotage des installations, prévoir des zones de sécurité ou seront contrôlées les allées et venues, ainsi qu'un mode de transmission spécial des documents confidentiels.

Différentes formalités sont en outre prévues pour régler l'envoi de spécialistes d'un pays sur le territoire de l'autre pour visiter les installations atomiques.

Les autorités américaines et suisses collaboreront dans l'application de l'accord de sécurité; les mesures et les méthodes auxquelles il sera recouru par l'Etat seront communiquées à l'autre afin de faciliter leur coordination.

Les annexes à l'accord de sécurité sont au nombre de trois. Les annexes A et B établissent les modalités des enquêtes auxquelles les Gouvernements devront soumettre leurs ressortissants avant de leur donner accès aux informations confidentielles.

L'existence de certains faits dans le passé de l'individu, tels que des crimes de droit commun, de certaines tares, telles que l'alcoolisme ou la toxicomanie, ou de certaines activités politiques, telles que l'affiliation à des partis totalitaires subversifs, sont considérés par les parties, selon leur importance et leur gravité, comme comportant un risque absolu ou relatif pour la sécurité.

L'annexe C prévoit enfin des règles et des critères communs aux deux Etats dans le classement, la transmission, la conservation et la destruction des documents confidentiels.

S'inspirant du contenu de cet appendice et de ses annexes, le Département politique a établi, en collaboration avec le délégué du Conseil fédéral aux questions atomiques, un projet d'acte d'engagement que devra signer toute firme suisse avant de recevoir des informations confidentielles ou des matières nucléaires. Cet acte imposera aux entreprises suisses le respect des clauses de l'accord souscrites par la Suisse et engagera leur responsabilité vis-à-vis de la Confédération.

- 6 -

Ces textes ont été soumis à la Commission administrative pour les questions nucléaires qui les a jugés acceptables dans leur ensemble, sous réserve de quelques points devant être encore examinés; il s'agit principalement de la quantité d'uranium enrichi que les Américains seront en mesure de nous fournir et des conditions qui seraient attachées à cette livraison. Nous attendons d'un jour à l'autre des précisions à ce sujet qui seront communiquées aux autorités suisses intéressées.

Quant aux mesures de sécurité faisant l'objet des annexes confidentielles, nous avons été en mesure de les discuter avec le Capitaine Waters, directeur de la Division de sécurité de la Commission américaine pour l'énergie atomique. Celui-ci nous a rendu visite le 29 mars et le mardi 3 avril en compagnie de ses adjoints, MM. Riley et Coughran. Nous avons examiné avec eux, au cours d'une séance qui réunissait le délégué du Conseil fédéral aux questions atomiques et des représentants du Département de justice et police et de la Division du commerce du Département de l'économie publique, les arrangements confidentiels.

A la suite de ces pourparlers, le Capitaine Waters et ses adjoints, accompagnés de représentants du Département politique et du Département de justice et police, ont visité les principales maisons de notre industrie qui s'intéressent aux livraisons d'uranium enrichi, de matériel et d'informations confidentiels en vertu de l'accord projeté. Le Capitaine Waters a attiré notre attention sur le fait que, lorsque l'accord aura été signé, il devra, avant de pouvoir déployer ses effets, être à la disposition du Congrès pendant trente jours au cours de la session de celui-ci. Or, il est probable que le Congrès américain sera ajourné, cette année, en vue des élections présidentielles, au mois de juillet et ne se réunira pas avant le mois de janvier 1957. Il est donc important d'agir rapidement si nous voulons que l'accord entre en vigueur cette année encore.

Ainsi, nous avons le plus grand intérêt à obtenir dès maintenant de l'uranium enrichi et de mettre nos entreprises industrielles en possession des informations que nous offrent les Américains. Dans ce domaine, il est évident que nous sommes avant tout demandeurs, les Américains ayant tout à nous offrir et nous, pour notre part, très peu. Le rôle que jouera l'atome dans notre pays comme source d'énergie apparaît toujours plus. L'importance pour notre industrie d'être à même de construire des réacteurs de puissance pour notre pays et pour l'exportation, ainsi que du matériel et des instruments en relation avec l'utilisation de l'énergie atomique devient chaque jour plus évidente.

Annexes:

traduction des accords
en question,
projet d'acte d'engagement.

(Département politique
fédéral
o.324.221.1.)

T r a d u c t i o n

ARTICLES POUVANT FIGURER DANS UN ACCORD DE COOPERATION
ENTRE LA SUISSE ET LES ETATS-UNIS

Les articles qui suivent donnent un exemple des dispositions qui pourraient figurer dans un accord de coopération entre la Suisse et les Etats-Unis concernant l'utilisation de l'énergie atomique à des fins pacifiques, étant entendu qu'ils sont susceptibles d'adjonctions et de révisions après une étude plus poussée. Il convient de relever encore qu'un certain nombre d'articles supplémentaires pourraient y être introduits.

Les Parties conviennent de ce qui suit:

ARTICLE I

Durée de l'accord

Le présent accord entrera en vigueur le jour où chacun des Gouvernements contractants aura été avisé par note que l'autre Etat a suivi les procédures constitutionnelles nécessaires. Il est conclu pour une durée de dix ans et pourra être renouvelé d'accord entre les Parties.

ARTICLE II

Echange d'informations

A.- Les Parties conviennent d'échanger les informations suivantes, "classées" ou "non classées", sous réserve du paragraphe B du présent article:

- 1) Informations générales sur l'ensemble des progrès et sur l'économie des programmes de réacteurs atomiques;
- 2) Informations techniques nécessaires à la construction des réacteurs atomiques que la Suisse se propose d'édifier sur son territoire dans le cadre de son programme actuel d'énergie atomique industrielle et expérimentale.

Les informations "classées" décrites sous chiffres 1) et 2) ci-dessus doivent toutefois s'appliquer à l'un ou l'autre des domaines suivants:

a) Descriptions des matières pour réacteurs:

Description de leur forme finale, comprenant la composition, la forme, les dimensions et les techniques particulières de manipulation des matières pour réacteurs, y compris l'uranium, l'eau lourde, le graphite de pureté nucléaire et le zirconium.

b) Propriétés des matières utilisées dans les réacteurs:

Propriétés physiques, chimiques, métallurgiques, nucléaires et mécaniques des matières pour réacteurs, y compris les combustibles, les modérateurs et les réfrigérants, comme aussi les effets que produisent sur les propriétés de ces matières les conditions rencontrées dans les réacteurs en fonctionnement.

c) Composants des réacteurs:

Conception et description du fonctionnement des composants des réacteurs à l'exception des procédés de production et de fabrication.

d) Technologie de la physique des réacteurs:

Ce domaine comprend les données théoriques et pratiques relatives aux réactions produites par bombardement de neutrons, aux sections efficaces pour les neutrons, aux calculs de points critiques, à la cinétique des réacteurs et aux écrans.

e) Technologie de la construction des réacteurs:

Ce domaine comprend des données sur la conception d'ensemble des réacteurs et la recherche des meilleures conditions de leur fonctionnement, ainsi que les données théoriques et pratiques des problèmes tels que les résistances dans les réacteurs et l'analyse des transferts de chaleur.

f) Considérations ayant trait à la protection du milieu environnant:

Ce domaine comprend tout ce qui a trait aux radiations normalement émises par les réacteurs, aux risques d'accidents, ainsi qu'aux conséquences de ces derniers sur l'équipement et les personnes. Il comprend également les méthodes permettant d'éliminer les résidus radioactifs, ainsi que les procédés de décontamination.

3) L'échange des informations prévues à cet article comprendra communication des renseignements développés dans le programme suisse d'énergie atomique et s'effectuera par tous les moyens disponibles tels que rapports, conférences et visites des installations, ainsi que par des cours d'entraînement qui pourront être convenus.

B.- 1) Les Parties contractantes n'échangeront pas, dans le cadre du présent accord des données dites "restricted data" ^(informations classées) se rapportant à la conception ou à la fabrication d'armes atomiques, ni des informations qui, de l'avis de la Commission, ont une importance avant tout militaire; elles n'échangeront pas non plus des "restricted data" concernant la production des matières nucléaires dites "spéciales", si ce n'est les données relatives à leur production accidentelle dans un réacteur atomique. Il est admis que la Commission pourra entrer en possession de renseignements obtenus de source privée ou détenus par des particuliers, ainsi que d'informations reçues d'autres Gouvernements, qu'il ne lui sera pas possible d'échanger. Il est de même admis que le Gouvernement suisse pourra recevoir des informations de particuliers ou

d'industries privées n'ayant pas accès aux renseignements échangés suivant le présent accord, ainsi que des informations provenant d'autres Gouvernements, qu'il ne lui sera pas possible d'échanger.

- 2) a) La Commission ne communiquera les informations techniques dites "classées", prévues à l'article II, A (2), lit. a) que lorsque l'industrie privée américaine aura reçu l'autorisation d'entreprendre la construction et l'exploitation du modèle de réacteur que concernent ces renseignements. Sauf convention contraire, la Commission ne communiquera en outre des informations ayant trait à un modèle de réacteur que lorsqu'elle estimera le modèle en question suffisamment développé pour avoir une valeur industrielle et commerciale pratique.
- b) En outre, les informations dites "classées" se rapportant principalement à des réacteurs dont le développement dépend au premier chef de leur utilisation à des fins militaires - tels que réacteurs pour sous-marins, avions, bateaux et certains réacteurs portatifs - ne seront communiquées que si la Commission est d'avis que ces modèles de réacteurs sont susceptibles d'une application pacifique, et si les Parties ont convenu un échange d'informations à leur sujet.

ARTICLE III

Matières pour la recherche

Les matières présentant un intérêt et rentrant dans le domaine des informations qu'il est convenu d'échanger en vertu de l'article II - y compris les "matières sources", les "matières nucléaires spéciales" et les "matières sous-produits", les autres radioisotopes et les isotopes stables - seront échangées à des fins de recherche en des quantités, à des prix et sous des conditions à convenir, ceci lorsqu'elles ne peuvent être obtenues par des voies commerciales et sous réserve de l'article VII. Les matières qui ne sont pas destinées à des fins

de recherche peuvent être fournies par l'une des Parties contractantes à l'autre aux conditions prévues à l'article VI.

ARTICLE IV

Cession d'équipement et d'appareils

Dans le cadre des échanges d'informations prévus à l'article II, de l'équipement et des appareils pourront être cédés par une Partie contractante à l'autre à des prix et sous des conditions à convenir, sous réserve des dispositions de l'article VII. Il est admis que ces cessions seront soumises aux restrictions que pourraient provoquer des difficultés d'approvisionnement ou d'autres circonstances temporaires.

ARTICLE V

Autres dispositions concernant les matières,
y compris l'équipement et les appareils,
ainsi que les services

Les Parties reconnaissent aux particuliers et aux organisations privées, soit en Suisse, soit aux Etats-Unis, le droit de traiter directement avec des particuliers ou des groupements privés de l'autre pays. En ce qui concerne l'échange des informations convenu à l'article II, des particuliers relevant de la juridiction du Gouvernement de l'une des Parties contractantes ont le droit de conclure des contrats prévoyant la cession, l'exportation de matières, d'équipement et d'appareils ou de rendre des services à des particuliers relevant de la juridiction de l'autre Partie qui sont autorisés à recevoir et à détenir de telles matières.

Les dispositions qui précèdent sont cependant soumises:

- a) Aux réserves de l'article VII;
- b) Aux lois et règlements en vigueur, ainsi qu'aux licences exigées par les Gouvernements américain et suisse;

- 6 -

- c) A l'approbation du Gouvernement dont la personne relève lorsqu'il s'agit de matières ou de services dits "classés" ou lorsque leur remise nécessite la communication d'informations dites "classées".

ARTICLE VI

Matières en quantités excédant les besoins de la recherche

Cet article prévoira entre autres choses la livraison par la Commission au Gouvernement suisse d'uranium enrichi de l'isotope U. 235, à des fins de recherche et pour les réacteurs d'énergie à construire en Suisse. Le texte de l'article dans lequel il sera convenu des quantités et des conditions sera rédigé plus tard.

ARTICLE VII

Matières et informations ayant principalement une importance militaire

Les Parties contractantes conviennent que la Commission ne livrera aucune matière en application de l'article III ou l'article VI et n'autorisera ni la cession, ni l'exportation de matières, d'équipement ou d'appareils en application des articles IV et V, lorsqu'elle estimera que ces matières, appareils et équipement revêtent au premier chef une importance militaire.

ARTICLE VIII

Brevets

Sur les territoires relevant de leur juridiction, les Etats-Unis jouiront des droits les plus étendus sur toutes les inventions ou les découvertes faites par une personne relevant de la juridiction suisse, réalisées grâce à l'accès de leur auteur à des données dites "restricted data", communiquées à la Suisse en vertu du présent accord, lorsque cette invention ou cette découverte aura été réalisée durant la période pendant laquelle la présente convention est en vigueur ou dans les trois ans suivant son expiration.

ARTICLE IX

Sécurité

- A.- Les critères établis par la Commission pour définir le "classement de sécurité" s'appliqueront à toutes les informations et aux matières, à l'équipement et aux appareils, échangés en vertu du présent accord. La Commission tiendra le Gouvernement suisse au courant de ces critères et de leur modification, et les Parties contractantes se consulteront périodiquement à propos de leur application pratique.
- B.- Toute information ou matière, équipement et appareil qui justifient leur "classement" selon l'alinéa A de cet article seront protégés conformément aux mesures de protection et aux règles de sécurité prescrites dans les accords de sécurité passés entre le Gouvernement des Etats-Unis, représenté par la Commission et le Gouvernement suisse, en vigueur le
- C.- La Partie contractante qui recevra en application du présent accord des matières, de l'équipement et des appareils de même que des informations dites "classées" ne les communiquera ni ne les cèdera à un pays tiers sans avoir obtenu l'accord écrit de l'autre Partie. De même, aucune des Parties contractantes ne livrera à un Etat tiers de l'équipement ou des appareils dont la remise pourrait révéler des informations dites "classées", reçues de l'autre Partie, sans avoir obtenu le consentement écrit de cette dernière.

ARTICLE X

Engagements requis par la loi américaine
sur l'énergie atomique de 1954

Le Gouvernement suisse prend les engagements suivants:

- A.- Les règles et les degrés de protection prévus par les accords de sécurité liant le Gouvernement suisse et le Gouvernement des Etats-Unis, représenté par la Commission, en vigueur le seront maintenus en ce qui concerne toutes les informations et les matières,

- 8 -

y compris l'équipement et les appareils, dites "classées" qui sont échangées en application du présent accord.

B.- Aucune matière, y compris de l'équipement et des appareils, vendue ou livrée de toute autre manière à la Suisse selon le présent accord ne servira à la fabrication d'armes atomiques, à des recherches dans le domaine des armes atomiques, au développement de ces armes ou encore à d'autres fins d'ordre militaire.

C.- Aucune matière, y compris l'équipement et les appareils, ni aucune donnée qualifiée de "restricted data" remises à la Suisse en application du présent accord ne seront livrées à des personnes non autorisées ou hors de la juridiction du Gouvernement suisse. La Commission pourra toutefois donner son approbation à des livraisons de cette espèce à des pays tiers, lorsqu'elles rentrent dans le cadre d'un accord de coopération conclu par les Etats-Unis avec ce pays.

ARTICLE XI

Définitions

Aux fins du présent accord:

A.- Le terme "armes atomiques" englobe tout appareil utilisant de l'énergie atomique - sauf comme moyen de transport ou de propulsion quand il s'agit de parties séparables du dispositif principal - dont le but essentiel est d'être employé comme arme ou de servir au développement d'une arme, d'un prototype d'arme ou comme dispositif d'essai d'une arme.

B.- Le terme "matières sous-produits" englobe toutes matières (sauf les matières radioactives spéciales) exposées ou rendues radioactives par leur exposition aux radiations résultant du processus de production ou d'utilisation des matières nucléaires spéciales.

C.- L'adjectif "classé" s'applique à toutes les données, informations, matières, services et autres choses qui sont qualifiés de confi-

dentiels ou de plus secrets encore, selon les lois et règlements de la Suisse et des Etats-Unis. Cet adjectif vaut pour les "restricted data".

- D.- Les termes "équipement et appareils" englobent tout instrument, appareil ou installation (à l'exception d'une arme atomique) servant à l'usage ou à la production de matières nucléaires spéciales ou de leurs composants.
- E.- Le terme "personnes" englobe tous les particuliers, corporations, associations, sociétés, trusts, fondations, institutions publiques ou privées, groupements, agences ou sociétés officielles, à l'exception des Parties contractantes.
- F.- Un "réacteur" est un appareil, autre qu'une arme atomique, dans lequel une réaction continue de fissions en chaîne est maintenue par l'utilisation d'uranium, de plutonium ou de thorium, ou d'une combinaison de ces trois éléments.
- G.- L'expression "restricted data" englobe toutes les données concernant
- 1) la conception, la fabrication ou l'utilisation d'armes atomiques;
 - 2) la production de matières nucléaires spéciales;
 - 3) l'utilisation de matières nucléaires spéciales pour la production d'énergie.
- Elle ne s'applique pas aux données "déclassées" ou que l'autorité compétente a sorties de la catégorie des "restricted data".
- H.- Les "matières nucléaires spéciales" sont
- 1) le plutonium, l'uranium enrichi de l'isotope 233 ou 235, ainsi que toute autre matière que le Gouvernement suisse ou la Commission décide de classer dans cette catégorie;
 - 2) toutes matières enrichies artificiellement de l'un des isotopes cités ci-dessus.

EN FOI DE QUOI, les Parties contractantes sont convenues de mettre en vigueur la présente convention, conformément aux pouvoirs dont elles sont régulièrement investies.

FAIT à Washington en deux exemplaires, le 1956, en langues anglaise et Dans le cas toutefois d'une divergence des textes, la version anglaise prévaudra.

POUR LE GOUVERNEMENT DES ETATS-UNIS:

POUR LE GOUVERNEMENT SUISSE:

VERTRAULICH

Dieses Abkommen, getroffen am 195
zwischen der Atomenergie-Kommission der Vereinigten Staaten und
.
bezeugt, dass die Parteien wie folgt übereinkommen:

Die Sicherheitsbestimmungen und -anforderungen, die im An-
hang angegeben sind, haben als Sicherheitsvorkehrungen durch die Par-
teien am Datum dieses Abkommens in Kraft zu stehen; sie betreffen In-
formationen und Material, einschliesslich Ausrüstung und Pläne für die
zivile Verwendung der Atomenergie.

Zum Zeugnis dessen haben die Parteien veranlasst, dass die-
ses Abkommen gemäss gebührender Ermächtigung ausgeführt werde.

ATOMENERGIE-KOMMISSION DER VEREINIGTEN
STAATEN

.

.

Erhöhung der Sicherheit sollen nach einem bestimmten Plan die Personen, denen Zugang gewährt worden ist, nach Stichproben-Verfahren immer wieder überprüft werden.

- D. Der höchste geschäftsführende Beamte der Regierungsstelle, die in jedem Lande für die Sicherheits-Angelegenheiten des Atomenergie-Programms verantwortlich ist (in den USA der Generaldirektor der Atomenergie-Kommission, in _____), oder die höchste für die Atom-Politik zuständige Regierungsstelle (in den USA die Atomenergie-Kommission, in _____), kann einer Person erlauben, Zugang zu klassifizierten Informationen zu haben; bevor die vorgesehenen Nachforschungen abgeschlossen sind, sofern dies mit den nationalen Interessen eindeutig vereinbar ist.

II. Physische Sicherheit

- A. Die USAEC und die _____ vereinbaren, alle klassifizierten Informationen und Materialien gegen Sabotage, Spionage, unerlaubten Zutritt und irgendwelche feindselige Tätigkeiten physisch zu schützen, wobei dieser Schutz der Bedeutung in Bezug auf das Sicherheitserfordernis angemessen sein soll.
- B. Diese physische Sicherheit ist durch folgende Massnahmen zu verwirklichen: Errichtung von Sicherheitszonen, die der "Empfindlichkeit" der in Frage stehenden Tätigkeit entsprechen; Kontrolle des Zutritts zu diesen Zonen; Schutz der Güter und Materialien, die für den sofortigen Gebrauch bereitstehen, auf Lager oder im Transit liegen; Ordnung der Bewegungsfreiheit im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit.
- C. Die Sicherheitszonen sind dergestalt einzurichten, dass die Anlagen in einer Art und Weise abgegrenzt sind, die eine wirksame Anwendung der Schutzmassnahmen ermöglicht. Sie sind im Zusammenhang mit solchen Tätigkeiten zu errichten, die zufolge ihrer Klassifikation Bedeutsames verraten, oder deren "Empfindlichkeit" und Wichtigkeit Beschränkungen des Zutritts erfordern und nicht auf andere Weise geschützt werden können. Die Abschränkungen (natürliche oder bauliche) sollen hinreichend sein, um den Zutritt nicht ermächtigter Personen praktisch zu verhindern.
- D. Alle Personen, denen der Zutritt zu den Sicherheitszonen gestattet ist, dürfen nur gemäss einem geeigneten Kontrollsystem zugelassen werden. Dieses System hat vorzusehen: Ein Verfahren für die Bewilligung durch die zuständige Stelle; genaue Methoden der personellen Identifizierung; Feststellung der Verantwortlichkeit für die Identifizierung; Mittel, um die Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb oder des Verbots des Zutritts zu den Sicherheitszonen durchzusetzen.
- E. Die Parteien vereinbaren, mit Rücksicht auf die folgenden Punkte Programme der Dokumenten- und Informationen - Kontrolle durchzuführen:
1. Klassifikation in strikter Uebereinstimmung mit der "Empfindlichkeit" der Informationen;
 2. Kontrolle des Zugangs;
 3. Schnelle Rechenschaftsablage;

4. Fortwährende Durchsicht zwecks allfälliger "Deklassifizierung" oder Herabsetzung des Vertraulichkeitsgrades.

Die Mindestanforderungen für diese Kontrolltätigkeit sind in der Beilage C aufgeführt.

- F. Dokumente mit klassifizierten Informationen sind auf dem Wege des diplomatischen Kuriers oder durch andere beidseitig anerkannte Mittel auszutauschen; die Chiffrierung von Botschaften hat durch die beidseitig anerkannten Dienste zu erfolgen; der Austausch von Material hat unter Beobachtung angemessener Sicherheitsvorkehrungen zu erfolgen; die spezifischen Methoden sind im Wege gegenseitiger Uebereinkunft zu bestimmen.
- G. Die Parteien anerkennen, dass die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit bei verschiedenen ausführenden und administrativen Behörden liegt. Es ist jedoch vereinbart, dass dieser Umstand die Personen, denen Zutritt gewährt wird, in keiner Weise von ihrer individuellen Verantwortlichkeit entbindet. Demgemäss soll es das Bestreben der Parteien sein, alle angemessenen Mittel anzuwenden, um zu erreichen, dass die Personen, denen gemäss dieser Vereinbarung Zugang zu klassifizierten Informationen gewährt worden ist, über die Sicherheitsbestimmungen und -verfahren informiert sind und diese verstehen. Die Parteien vereinbaren, zu diesem Zwecke ein Sicherheits-Erziehungsprogramm durchzuführen, das mindestens in folgenden Punkten zu bestehen hat:
1. Einführende Schulung und orientierende Anweisungen;
 2. Periodisch erneuerte Betonung der persönlichen Verantwortlichkeit;
 3. Abschliessende Unterredung, um die dauernde Verantwortlichkeit für den Schutz der klassifizierten Informationen nachdrücklich zu betonen.

III. Verschiedene Sicherheitsfragen.

A. Erhöhung der Sicherheit

Es wird anerkannt, dass die Erteilung von Informationen aus dem Atom-Programm der Vereinigten Staaten gewisse Personen zum Besuche von _____ in _____ führen wird und umgekehrt. Im Zusammenhang mit dieser Besuchstätigkeit vereinbaren die Parteien, dass der verantwortlichen Behörde des zu besuchenden Landes im voraus eine schriftliche Zusicherung abgegeben wird, wonach der Besucher für den Zugang zu klassifizierten Informationen in Gastlande unbedenklich befunden worden ist, wobei die Kategorie der Sicherheits-Erklärung anzugeben ist, welche der Person gewährt wurde, sowie der Umfang der Nachforschungen, auf die sich die Unbedenklichkeitserklärung stützt. Ausser dieser Zusicherung sind folgende Angaben zu machen:

1. Voller Name (keine Initialen) des Besuchers;
2. Datum und Ort der Geburt;

- 4 -

3. Staatszugehörigkeit;
4. Uebliche Wohnadresse;
5. Amtstitel oder Umschreibung der amtlichen Stellung.

B. Sicherheit der klassifizierten Verträge.

Jeder klassifizierte Vertrag und Untervertrag, jede Agentur-Lizenz und jedes Abkommen über Beratung, die von einer der Parteien dieses Abkommens eingegangen worden sind, sollen angemessene Klauseln enthalten, wonach die Vertragspartner verpflichtet sind, die Sicherheitsvorschriften der betreffenden Partei des vorliegenden Abkommens zu befolgen.

C. Laufende Ueberprüfung des Sicherheitssystems.

Die Parteien anerkennen, dass eine wirksame und sofortige praktische Anwendung der Sicherheitspolitik durch gegenseitige Besuche des Sicherheitspersonals materiell gefördert werden kann. Demgemäss wird vereinbart, den gründlichen Meinungs austausch über die Sicherheitspolitik, ihre Anforderungen und ihr Verfahren fortgesetzt zu pflegen und es den in Frage kommenden Arbeitsgruppen der Sicherheitsdienste zu gestatten, aus der Nähe die praktische Anwendung der Sicherheitsverfahren derjenigen Stellen zu untersuchen und zu besichtigen, die für die Durchführung des Atomenergie-Programms verantwortlich sind. Dieser Meinungs austausch ist im Hinblick auf die Erreichung des Einverständnisses über die Angemessenheit und die vernünftige Vergleichbarkeit der Sicherheitssysteme beider Parteien vorzunehmen.

VERTRAULICHBEILAGE A ZUM ANHANGKRITERIUM FUER DIE FESTSTELLUNG DER WAHLBARKEIT
DURCH ABKLAERUNG DER SICHERHEIT (UNBEDENKLICHKEIT).

Kategorie (A) der nachteiligen Informationen. Kategorie A schliesst alle jene Klassen nachteiliger Informationen ein, die ein Sicherheitsrisiko wahrscheinlich machen. Sie umfasst ferner alle jene Fälle, in denen genügend Gründe festgestellt wurden, die vernünftigerweise vermuten lassen, dass die betreffende Person oder deren Ehepartner

1. verübt oder zu verüben versucht hat, oder mithalf, oder einen andern angestiftet hat, zu verüben oder zum Versuche zu verüben: jeglichen Akt von Sabotage, Spionage, Verrat, oder Aufstand;
2. Verbindung unterhalten hat mit Spionage- oder Sabotage-Agenten einer fremden Nation; ferner mit Individuen, die zuverlässig als spionage- oder sabotageverdächtig gemeldet wurden; mit Vertretern fremder Nationen, deren Interessen denen des eigenen Landes zuwiderlaufen (inimical) (normalerweise schliesst dieser Tatbestand zufällige, oder flüchtige Zusammentreffen oder Kontakte, (die sich auf normale Geschäfts- oder Amtsbeziehungen beschränken, nicht ein); mit Verrätern, Meuterern, Anarchisten oder Revolutionären.
3. Mitglied war in, oder angegliedert war an, oder freundschaftliche Verbindungen unterhielt zu jeglicher Organisation oder Gruppe, die in den USA durch den obersten Staatsanwalt (Attorney General) oder in () durch die zuständige Regierungsbehörde als totalitär, faschistisch, kommunistisch, oder umstürzlerisch erklärt wurden, oder denen von dieser Regierungsbehörde zur Last gelegt wurde, eine Politik der Verteidigung und Billigung der Gewalt adoptiert zu haben, in der Absicht, mit Gewalt anderen ihre Rechte unter der Verfassung des Landes zu verweigern, oder danach zu trachten, die Regierungsform des Landes durch verfassungswidrige Mittel zu ändern, immer vorausgesetzt, dass die in Frage stehende Person sich nicht von einer solchen Organisation zurückgezogen hat, nachdem ihr Charakter dermassen festgestellt wurde, oder dass sie nicht anderweitig ihre Ablehnung deren subversiver Ziele bekundet hat, oder dass diese Person schon vor der Feststellung des Charakters der Organisation durch die zuständige Regierungsbehörde in ihrer Eigenschaft als Mitwirkende in der Organisation vernünftigerweise deren subversive Ziele hätte erkennen müssen.
4. Oeffentlich oder privat eine bewaffnete Revolution oder Gewaltakte befürwortet hat, um die Regierung des Landes zu stürzen, oder die Regierungsform durch verfassungswidrige Mittel zu ändern.
5. Sich unter Berufung auf verfassungsmässige oder gesetzliche Privilegien geweigert hat, vor einem Gerichtshofe oder einem Parlamentsausschuss auf Anklagen wegen mangelnder Loyalität oder anderer schlechter Führung Rede und Antwort zu stehen.

Kategorie A umfasst auch jene Fälle, in welchen genügend Gründe festgestellt wurden, um vernünftigerweise annehmen zu dürfen, dass die Person

6. es vorsätzlich unterlassen hat, bedeutsame Auskünfte über sich zu geben, oder auf einem persönlichen Sicherheits-Fragebogen Auskünfte gefälscht oder persönliche Angaben aus seinem Vorleben weggelassen hat. In vielen Fällen dürfte der Schluss klar sein, dass eine solche Unterlassung oder Fälschung vorsätzlich erfolgte, wenn die Auskunft für die Person unvorteilhaft ist;
7. Sicherheits-Verordnungen übertreten oder missachtet hat, in einem Masse, das die Verteidigung oder Sicherheit des Landes gefährdet; absichtlich und ohne Bewilligung irgendeiner Person klassifizierte oder andere Informationen zugänglich gemacht hat, deren Weitergabe gesetzlich untersagt ist, oder willentlich Sicherheitsverordnungen übertreten oder missachtet hat;
8. als geistig gestört befunden wurde, legal einer Irrenanstalt überwiesen oder wegen Geistes- oder Nervenkrankheiten ohne belegten Erfolg in Behandlung war oder ist;
9. dem übermässigen Alkoholgenuss, der gewohnheitsmässigen Einnahme von Rauschmitteln ohne Aussicht auf Entwöhnung unterworfen war oder ist;
10. Verbrechen überführt ist, die darauf hinweisen, dass eine Neigung zum Gewohnheitsverbrecher bestand oder besteht;
11. seine Pflichten so ausgeführt hat, oder auszuführen versuchte, oder anderweitig derart handelte, dass ersichtlich ist, dass er den Interessen einer anderen Regierung vor den Interessen des eigenen Landes dient.

Kategorie(B) der nachteiligen Informationen: Kategorie (B) schliesst alle jene Klassen nachteiliger Informationen ein, bezüglich welcher der Umfang der Tätigkeit, der Hintergrund und die Ueberzeugungen der Person abgewogen werden müssen, um zu bestimmen, ob die Wahrscheinlichkeit eines Sicherheits-Risikos besteht. Dazu gehören auch jene Fälle, in denen genügend Gründe festgestellt sind, die vernünftigerweise zur Annahme berechtigen, dass mit Bezug auf die Person oder deren Ehepartner folgende Umstände vorliegen:

1. Sympathie für totalitäre, faschistische, kommunistische, oder andere umstürzlerische politische Ideologien,
2. Bande der Sympathie zu Mitgliedern der kommunistischen Partei, oder zu führenden Mitgliedern irgend einer Organisation, wie sie weiter oben in Kategorie A, Absatz 3, beschrieben wurden (normalerweise wird dieser Tatbestand gelegentliche oder zufällige Treffen und Kontakte, die sich auf eine normale Geschäfts- oder Amtstätigkeit beschränken, nicht einschliessen).
3. Identifizierung mit einer Tarnorganisation subversiver Gruppen oder Interessen, wenn die persönlichen Ansichten der Person mit der umstürzlerischen "Linie" sympathisieren oder übereinstimmen.
4. Identifizierung mit einer Organisation, von welcher bekannt ist, dass sie mit Mitgliedern umstürzlerischer Gruppen infiltriert ist; wenn auch Informationen über eine anderweitige Tätigkeit der Person vorliegen, welche die Vermutung zulassen, dass sie ein Teil des Elements der Infiltrierung sein könnte, oder wenn sie mit diesem

Element sympathisiert, oder wenn sie persönliche Ansichten vertritt, welche mit der umstürzlerischen "Linie" sympathisieren oder übereinstimmen.

5. Wohnort des Ehepartners der Person, von Eltern, Geschwistern oder Nachkommen in einem Land, dessen Interessen denen des eigenen Landes zuwiderlaufen (inimical), oder in dessen Satellitenstaaten oder besetzten Gebieten; wenn aus der Untersuchung hervorgeht, dass die Ansichten oder Tätigkeiten der Person mit der umstürzlerischen "Linie" sympathisieren oder übereinstimmen (dieser Tatbestand ist im Lichte des Risikos zu bewerten, dass der Druck auf nahe Verwandte die Person veranlassen könnte, geheime Informationen zu verraten oder einen Sabotageakt zu begehen).
6. Fortgesetzte enge Verbindung mit Individuen (Freunden, Verwandten oder Kameraden), welche umstürzlerische Interessen und Verbindungen haben, so wie sie in den vorstehend genannten Arten nachteiliger Informationen beschrieben sind. Eine fortgesetzte enge Verbindung kann als bestehend vermutet werden, wenn:
 - a. die Person mit diesem Individuum in Hausgemeinschaft lebt;
 - b. die Person dieses Individuum öfters besucht;
 - c. die Person mit diesem Individuum durch irgendwelche Mittel häufig in Verbindung steht.
7. Sehr enge Verbindung wie vorstehend beschrieben, die während längerer Zeit bestanden hatte und dann durch Distanz getrennt wurde, wenn die Vermutung besteht, dass die Kontakte erneuert werden, sobald die Umstände es erlauben.

Kategorie (B) umfasst auch jene Fälle, in welchen genügend Gründe bekannt werden, die vernünftigerweise den Schluss zulassen, dass mit Bezug auf die Person folgende Tatbestände gegeben sind:

8. Kriegsdienstverweigerung, wenn sie nicht klar als in Uebereinstimmung mit der religiösen Ueberzeugung bewiesen werden kann.
9. Offensichtliche Neigung, in der Geheimhaltung wichtiger Sachen Unzuverlässigkeit oder Unfähigkeit zu zeigen; willentliche Weitergabe oder grobe Fahrlässigkeit bei der Enthüllung von Einzelheiten oder klassifizierten Angelegenheiten betreffend die Pläne irgendeiner Regierungsstelle an irgendeine nicht ermächtigte Person; Vertrauensmissbrauch, Unehrllichkeit, sexuelle Perversität, Homosexualität, niederträchtiges, unmoralisches oder notorisch schändliches Benehmen.

VERTRAULICH

Beilage B zum Anhang

Normen für Umfang und Ausdehnung der Untersuchung

- I. Jeder Vertragspartner kann mehrere Arten von Sicherheitsklärung für den Zugang zu klassifizierten Informationen durchführen. Wenn mehr als eine Art vorgesehen und angewandt wird, so müssen die verschiedenen Arten unterschieden werden mit Bezug auf:
- a. Beschränkungen des Zuganges;
 - b. Reichweite der Untersuchung, auf Grund welcher die Unbedenklichkeit für einen gewissen Zugang festgestellt wurde.
- II. Zugang zu Informationen, die nicht höher klassifiziert sind als "vertraulich", kann einer Person auf Grund einer Unbedenklichkeitserklärung gewährt werden, die auf den Ergebnissen einer umfassenden Ueberprüfung durch die nationale Sicherheitsbehörde beruht. Zusätzlich kann auf Grund einer Untersuchung dieser Art visueller Zugang zu als "geheim" klassifizierten Zonen und Einrichtungen gewährt werden an: Gewerbetreibende oder Handwerker, Arbeiter, Krankenschwestern, ärztliches Personal, Kantineangestellte, Gesundheits- und Sicherheitspersonal, Einkaufs- und Buchhaltungsangestellte sowie ähnliche Angestellte, die in klassifizierten Werkstätten oder Betrieben beschäftigt sind. Zugang zu höher als "vertraulich" klassifizierten Informationen kann nur einer Person auf Grund einer Unbedenklichkeitserklärung erteilt werden, die auf einer vollständigen Feld-Untersuchung beruht (full field investigation). Ungeachtet der Bestimmungen dieses Paragraphen kann dem Personal militärischer Einrichtungen der Vertragspartner oder deren Kontrahenten der Zugang zu klassifizierten Informationen gewährt werden, wenn sie zuvor vom Sicherheitsstandpunkt des Militärs aus in analoger Weise überprüft worden sind.
- III. Begriffsbestimmung:
- a) Ueberprüfung durch die nationale Sicherheitsbehörde (National Agency Check) bedeutet Erhebungen über den Charakter, die Beziehungen und die Loyalität mittels
 - 1) Prüfung des Strafregisters (Prüfung der Fingerabdrücke oder anderes geeignetes Verfahren);

2) Prüfung der Akten der zuständigen nationalen Sicherheitsbehörde (Untersuchungsakten betreffend kriminelle, nachrichtendienstliche und subversive Tätigkeit).

b) Vollständige Feld-Untersuchung (full field investigation) bedeutet Erhebungen über den Charakter, die Beziehungen und die Loyalität mittels

1) Untersuchung durch die nationale Aufsichtsbehörde (wie unter a) beschrieben);

2) offene Erhebungen über die Verhältnisse der Person. Diese Erhebungen sind durch Sicherheitsbeamte persönlich vorzunehmen und sollen Unterhaltungen mit Referenz-Personen und Nachforschungen in der Nachbarschaft einschliessen, in welcher die Person wohnt oder gewohnt hat. Die erfasste Zeitspanne soll das erwachsene Leben der betreffenden Person sein. Die Berichterstattung soll enthalten: Auswertung der Erhebungen in Bezug auf Erziehung (Bildung); Erfahrung; Zeiten allfälliger Arbeitslosigkeit; Freizeitbeschäftigung; Anstellungen im Ausland; Entlassungen aus Anstellungen; geistige und gefühlsmässige Stabilität; Charakter; Gewohnheiten; Moral; Verhaftungen; Zivilstand; Gesundheit; Bürgerschaft; Militärdienst; Datum und Ort der Geburt; Mitgliedschaft in Organisationen.

VERTRAULICHBeilage C zum AnhangKontrolle klassifizierten Materials1. Klassifizierung

Informationen und Material sollen in strikter Uebereinstimmung mit den vereinbarten Klassifikations-Grundsätzen klassiert werden. Machtbefugnis zur Klassifikation soll gemäss den betrieblichen Erfordernissen nur einer minimalen Anzahl von Individuen auf höchster administrativer Ebene zugestanden werden; und dergleichen ermächtigte Personen sind als strikte verantwortlich für die Genauigkeit (Richtigkeit) zu bezeichnen. Im Interesse der Einheitlichkeit sollen die folgenden speziellen Regeln beobachtet werden:

- a) Dokumente sollen klassifiziert werden in Uebereinstimmung mit ihrem eigenen Inhalt und nicht unbedingt nach ihrer Beziehung zu anderen Dokumenten.
- b) Die Klassifikation eines Dossiers oder einer Gruppe von physisch in Verbindung stehenden Dokumenten soll mindestens so hoch sein wie diejenige des darin enthaltenen höchstklassierten Dokuments.
- c) Dokumente sollen nur e i n e allumfassende Klassifizierung tragen, ungeachtet des Umstandes, dass Seiten, Paragraphen, Abschnitte oder Teile davon verschiedene Klassifizierungen tragen, und die allumfassende Klassifizierung soll ebensohoch sein wie der höchste Teil.

2. Zugang

Der Zugang zu klassifizierter Information soll beschränkt sein auf diejenigen Personen, welche die Information benötigen in Ausführung ihrer Pflichten und welchen entsprechende Sicherheits-Klärung (Unbedenklichkeit) zuteil geworden ist, ausgenommen den Fall, dass Zugang zu "Vertraulich" klassifizierten Informationen auf der Grundlage erfolgen kann, wie sie in § 1.B.4. beschrieben ist. Sollte eine solche Person klassifizierte Dokumente zurückbehalten müssen, sind ihr hinreichende Erleichterungen für deren Aufbewahrung und Schutz zu bieten. Um diese Kontrollen sicherzustellen, ist ein Verfahren festzulegen, welches folgende Punkte umfasst:

a) Hauptnachschlage-Index

Es sind geeignete Aufzeichnungen zu führen über den laufenden Stand der Sicherheits-Klärung von Personen und darüber, ob sie genehmigte Aufbewahrungseinrichtungen besitzen.

b) Bezeichnung von Dokumenten und Material

Klassifizierte Dokumente und Material sollen sichtbar derart bezeichnet werden, dass ihre Klassifizierung klar ersichtlich und leicht erkennbar ist. Wenn immer Information oder Material de-klassifiziert, tiefer oder höher klassifiziert wird, soll darauf eine geeignete und sogleich hervorstechende Bezeichnung erscheinen.

c) Aufbewahrung

Besitz oder Benutzung klassifizierter Information soll beschränkt werden auf Räumlichkeiten, wo genehmigte Aufbewahrungsmöglichkeiten existieren; ausgenommen sind Fälle autorisierten Transits. Mit Ausnahme der Zeitspanne, in welcher solche Informationen von ermächtigtem Personal benutzt werden, sollen sie in Verwahrungsorten genehmigter Konstruktion und Musters gelagert sein.

d) Uebermittlung (Landes-intern)

Uebermittlung klassifizierter Dokumente innerhalb der betreffenden nationalen Grenzen soll per Kurier oder mit eingeschriebener Post erfolgen.

e) Verlust oder Kompromittierung

Wenn eine Person Kenntnis erhält vom Verlust oder der möglichen Kompromittierung klassifizierter Information, welche unter dieser Vereinbarung ausgetauscht wird, hat sie einem bezeichneten Beamten sofort Meldung über die Umstände zu erstatten, und der letztere soll umgehend geeignete Massnahmen treffen, einschliesslich Benachrichtigung des Ursprungslandes.

3. Verantwortlichkeit (Rechenschaft)

Unter dieser Vereinbarung ausgetauschte Dokumente, welche höher als "Vertraulich" klassifiziert wurden, sollen der Rechenschaftsablage unterstellt sein, und zwar durch Zuweisung von "Laufnummern" und durch Transfer gegen Quittung.

4. Herunterbewertung oder Deklassifizierung

Es wird eine periodische Sichtung klassifizierter Dokumente vorgenommen werden zwecks Abwertung und Deklassifizierung in Uebereinstimmung mit den abgemachten Klassifikations-Grundsätzen.

5. Vernichtung

a) Klassifizierte Dokumente können zerstört werden durch Verbrennen, Zerstückelung oder durch eine andere Methode, wel-

che vollständige Zerstörung garantiert. Bei Akten, für welche die Rechenschaftsablage vorgesehen ist, soll ein solches Vorgehen, wie vorgeschrieben, vorgemerkt werden.

- b) Arbeitsbogen, Kohlenpapier, Stenographen-Notizen, mangelhafte Kopien und ähnliches Material, welches Klassifizierung rechtfertigt, werden sicher aufbewahrt in der Weise, wie sie für Dokumente mit derselben Klassifikation vorgeschrieben ist, bis sie zerstört werden.